

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 13/2023 vom 30.03.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Wird Polen zu einer Autokratie? Die diesjährigen Wahlen werden darüber entscheiden [LETZTER V-DEM BERICHT]*
- *Die Identität ist das Wichtigste, oder: was die Bürgerumfrage gezeigt hat*
- *Anne Applebaum: Vor ein paar Tagen haben wir im Präsidentenpalast mit Zelenski gesprochen. Der Chefredakteur von The Atlantic stellte eine wichtige Frage*
- *Polen und Esten sind die stärksten Befürworter in der EU für den Kampf der Ukraine bis zum Ende, d. h. bis zur Rückeroberung aller von Russland eroberten Gebiete*
- *Polnischer Botschafter im Krieg mit Russland*
- *Das Recht, löchrig wie ein Schweizer Käse, schützt die Flüsse nicht. 98,9 Prozent der Flüsse sind in schlechtem Zustand*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Wird Polen zu einer Autokratie? Die diesjährigen Wahlen werden darüber entscheiden [LETZTER V-DEM BERICHT]



Quelle: oko.press

Der jüngste Liberal Democracy Index listet Polen auf Platz 78 der demokratischen Länder der Welt. In den letzten drei Jahren sind wir um vierzehn Plätze zurückgefallen! Die Bürger der Mongolei, Paraguays, Sambias oder Senegals haben ein höheres Maß an Demokratie als wir.

Von **Anna Mierzyńska**

Polen steht an zweiter Stelle in der Welt, wenn es um die schnellste Autokratisierung eines Landes in den letzten zehn Jahren geht. Nur Tunesien hat uns in diesem Bereich überholt.

Wir haben auch etwas bessere Nachrichten. Laut den Wissenschaftlern, die die Rangliste 2022 erstellen, ist es Polen gelungen, den Prozess des Abgleitens in die Autokratie vorübergehend zu stoppen. Dies ist dem Engagement der Bürger zu verdanken, die sich gegen die Zerstörung der Demokratie wehren.

Die Forscher, die die internationalen Demokratieberichte 2023 erstellt haben, vergleichen unser Land mit Brasilien. „Brasilien und Polen haben den Prozess der Autokratisierung kurz vor dem Zusammenbruch der Demokratie gestoppt. Die Präsidentschaftswahlen in Brasilien im Jahr 2022 führten zur Absetzung des Amtsinhabers Bolsonaro und könnten eine Rückkehr zur Demokratie einleiten. (...) Der Krieg in der Ukraine hingegen beeinflusst die geopolitische Lage Polens und kann sich auch auf die internen Prozesse auswirken.“

„Es gibt interne Kräfte, die sich gegen eine Autokratisierung in Polen wenden“, betonen die Autoren des Berichts.

Sie nennen die weit verbreiteten Proteste gegen das fast vollständige Verbot der Abtreibung und gegen Gesetze, die die Arbeit unabhängiger Medien einschränken, als wichtigstes Element, das die Verlangsamung der Zerstörung der Demokratie beeinflusst.

Fake-Demokratie in Polen

Der Demokratiebericht wird jährlich im Rahmen des internationalen V-DEM-Projekts erstellt. Er wird von der Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität Göteborg (Schweden) durchgeführt. Er wird von einem Team von 50 Forschern aus sechs Kontinenten bearbeitet und von mehr als 3.500 Experten unterstützt.

Die Grundlage der Zusammenstellung ist die Unterscheidung zwischen vier Systemtypen:

- liberale Demokratie
- Wahldemokratie
- Wahlautokratie und
- geschlossene Autokratie.

Im Jahr 2012 war Polen eine vollwertige liberale Demokratie. Innerhalb von zehn Jahren ist es auf das Niveau einer Wahldemokratie gesunken. In einem solchen System finden immer noch freie und faire Mehrparteienwahlen statt, und es herrscht Rede- und Vereinigungsfreiheit. Dagegen funktionieren die legislativen Beschränkungen für die Exekutive nicht, und es gibt ernsthafte Probleme mit der Unabhängigkeit der Justiz. Es überrascht nicht, dass Polen unter der Vereinigten Rechten in diese Kategorie fällt.

Obwohl der Name unumstritten klingt, handelt es sich um eine Art „Scheindemokratie“, wie Professor Bartłomiej Nowotarski, ein Verfassungsrechtler, in OKO.press schrieb:

„Es ist ein Stadium der Scheindemokratie, in dem Kontrollmechanismen von den Machthabern einfach abgewürgt und blockiert werden. (...) Die Opposition im Parlament wird machtlos und marginalisiert, die zweite Kammer wird von den Machthabern dominiert. Und die Justiz - vor allem die Verfassungsgerichtsbarkeit - wird personell untergeordnet oder in ihren Kompetenzen eingeschränkt.“

Autokratisierung verlangsamt - vorübergehend

Gleichzeitig befindet sich Polen auf dem Weg zu einer raschen Umwandlung in eine Wahlautokratie. Es ist ein System, das mit Demokratie nichts mehr zu tun hat. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit wird in diesem System eingeschränkt, und die Wahlen finden zwar statt, sind aber nicht gleichberechtigt und fair. Ein Beispiel dafür ist die Situation in Belarus vor den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 (nach den Wahlen verschlechterte sich die Lage im Land).

Noch vor drei Jahren schätzten V-DEM-Wissenschaftler, dass sich Polen am schnellsten in eine Autokratie verwandelt.

Heute betonen sie, dass sich der Prozess der Autokratisierung des Staates vorübergehend verlangsamt hat, obwohl wir im Vergleich zu 2019 von Platz 63 auf Platz 78 in der Rangliste der demokratischen Länder zurückgefallen sind, d. h. um 14 Positionen. Aber nur vorübergehend - die diesjährigen Wahlen werden über das weitere Schicksal der Demokratie in Polen entscheiden. „Der endgültige Ausgang ist ungewiss“, schreiben die Experten. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, dass die Tatsache, dass wir noch keine Autokratie sind, durch die soziale Mobilisierung und den zivilen Widerstand gegen das undemokratische Vorgehen der Behörden bestimmt wird.

Die Forscher weisen auch darauf hin, dass wir derzeit eine Welle der Autokratisierung in der ganzen Welt erleben. Von allen im Rahmen des V-DEM-Projekts untersuchten Ländern befinden sich nur vierzehn im Demokratisierungsprozess, während sich 42 in Richtung Autokratie bewegen. Zu diesen Ländern gehören neben Polen: Griechenland, Ghana, Russland, Ungarn, Indien und die Philippinen. Interessanterweise ist eines der Länder, die sich dem autokratischen Prozess verschrieben haben, auch die Vereinigten Staaten in dieser Liste.

Dies ist ein trauriger neuer Rekord. Den Forschern zufolge befand sich die Welt vor 50 Jahren, 1973, in einer ähnlichen Situation, als der Vietnamkrieg zu Ende ging.

Drastische Veränderungen in der Welt

Die Experten des V-DEM-Projekts schreiben sogar über die drastischen negativen Veränderungen in der Welt in den letzten zehn Jahren. Und sie listen auf, dass:

- die Meinungsfreiheit sich in 35 Ländern im Jahr 2022 verschlechtert hat,
- die staatliche Kontrolle über die Medien in 47 Ländern verstärkt wurde,
- staatliche Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen in 37 Ländern zu verzeichnen sind,
- die Qualität der Wahlen sich in 30 Ländern verschlechtert hat.

Die staatliche Zensur der Medien und die akademische Freiheit wurden eingehend analysiert. Dabei wurde festgestellt, dass sich die Situation der unabhängigen Medien in sechs Ländern am meisten verschlechtert hat: Afghanistan, El Salvador, Hongkong, Mauritius, Sri Lanka und ... Polen.

„In Polen hat die Regierung die Kontrolle über die öffentlichen Medien übernommen und nutzt sie, um ihre eigenen Nachrichten zu verbreiten“, heißt es in dem Bericht.

Desinformation - ein Schlagstock auf die Bürger

Es wurde ein globaler Rückschlag gegen die akademische Freiheit festgestellt. „Universitäten und Akademiker in 22 Ländern genießen heute weit weniger Freiheit als noch vor 10 Jahren“, betonen die Experten. Und wieder verweisen sie bedauerlicherweise auf Polen.

Unser Land gehört zu den Ländern in Mittel- und Osteuropa, in denen dieser Rückzug am stärksten ist. Neben Polen wurden auch Belarus, Ungarn und Russland genannt. Allerdings hat sich die Situation in Kasachstan und Usbekistan verbessert.

Der Bericht hebt auch hervor, dass die Autokratisierung, Desinformation und soziale Polarisierung verstärkt. Diese drei Phänomene verstärken sich gegenseitig. Während in sich demokratisierenden Staaten Maßnahmen zur Verringerung der Desinformation ergriffen werden, ist der Trend in Ländern wie Polen genau umgekehrt.

„Regierungen in autokratischen Staaten nutzen die Desinformation am intensivsten. Sie nutzen sie, um die Präferenzen der Bürger zu steuern, weitere Spaltungen zu erzeugen und ihre Unterstützung zu stärken.“

„Desinformation ist wie eine Peitsche, die von anti-pluralistischen Parteien eingesetzt wird, um die Polarisierung zu verstärken.“

In Ländern wie Brasilien, Polen, Russland, der Türkei und den Vereinigten Staaten ist dies der Fall“, schreiben die Forscher.

Wie kommt man zurück auf den Pfad der Demokratie?

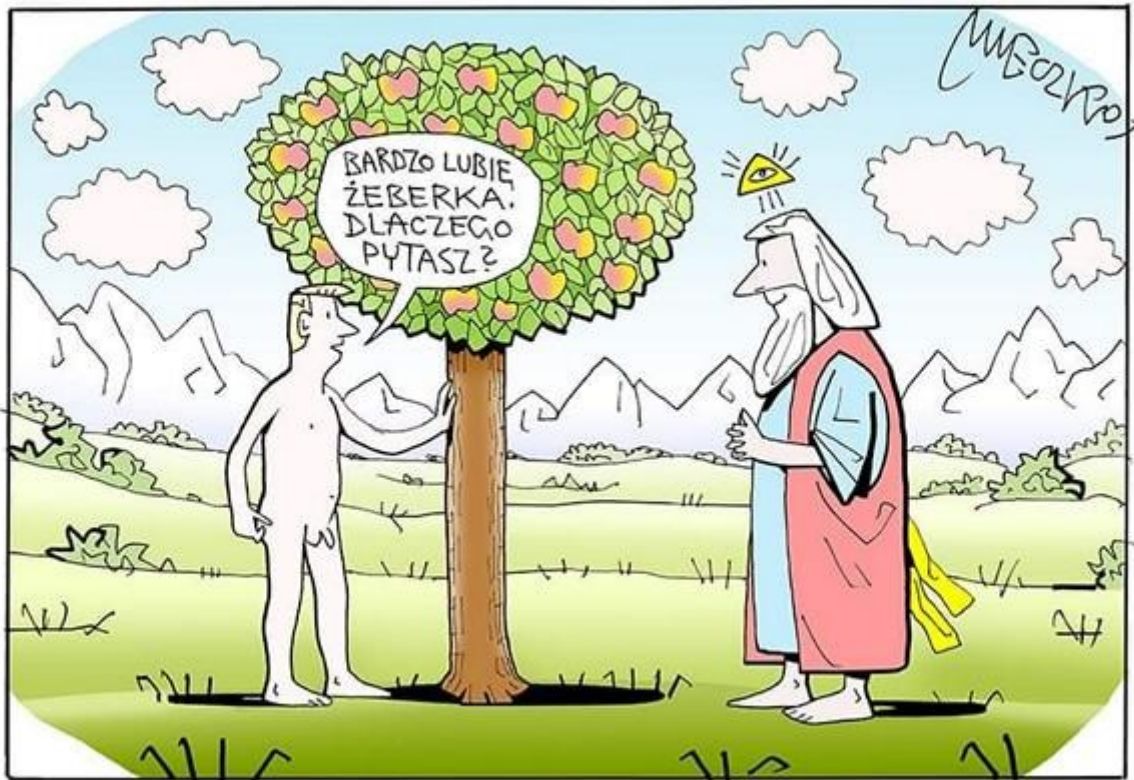
Die im Rahmen des V-DEM-Projekts durchgeführten Untersuchungen lassen jedoch auch erkennen, welche Maßnahmen dazu führen, dass ein Land die Talsohle überwindet und auf den Weg der Demokratie zurückkehrt. Es zeigt sich, dass die folgenden Phänomene in solchen Ländern immer auftreten:

- Es kommt zu einer umfassenden Mobilisierung der Gesellschaft gegen die amtierenden Machthaber (interessanterweise insbesondere gegen den Präsidenten).
- die Judikative macht ihre Übernahme durch die Exekutive rückgängig
- eine geeinte Opposition arbeitet mit der Zivilgesellschaft zusammen
- es finden Wahlen oder andere wichtige Ereignisse statt, die zu einem Machtwechsel führen.
- der Staat erhält internationale Unterstützung zum Schutz der Demokratie.

Dies sind präzise Leitlinien für Polen. Und obwohl sich viele Menschen aufgrund der aktuellen Diskussion auf die unter dem dritten Punkt aufgeführte Bedingung für eine geeinte Opposition konzentrieren, muss betont werden, dass die Experten an erster Stelle eine groß angelegte gesellschaftliche Mobilisierung nennen. Ohne sie wird die Demokratie nirgendwo wiederhergestellt werden können.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/czy-polska-stanie-sie-autokracja-raport-v-dem>



www.mleczko.pl

**ICH MAG RIPPCHEN SEHR.
WARUM FRAGST DU?**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Die Identität ist das Wichtigste, oder: was die Bürgerumfrage gezeigt hat



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Jacek Żakowski**

Die Bürgerumfrage war eine wertvolle Initiative. Aktive Bürger sind das Gold der Demokratie. Es ist gut, dass es Privatpersonen gelungen ist, die 90.000 Euro aufzubringen, um vier Umfragen zu finanzieren, mit denen die Reaktionen der Wähler auf die vier möglichen Konstellationen, in denen die Opposition an die Urnen gehen könnte, getrennt ermittelt werden sollten. Auch die Ergebnisse sind interessant. Die Diskussion, die sich um sie herum entwickelt hat, ist interessant, aufschlussreich und natürlich wichtig, denn D'Hondt sorgt dafür, dass es nicht ausreicht, Stimmen zu gewinnen, um Wahlen zu gewinnen.

Die Schlussfolgerungen der Bürgerumfrage sind jedoch nicht eindeutig. Nicht zuletzt deshalb, weil die Opposition, wie die Umfrage von United Surveys für *Wirtualna Polska* gezeigt hat, nicht nur mit einer Liste, sondern auch mit drei Listen (KO/Linke/PSL+P2050) eine Mehrheit erringen kann. In jedem Fall sind die Unterschiede zu gering und die Rückschritte der Opposition in den Umfragen zu groß, als dass die Demokraten mit Zuversicht an einen Sieg mit einer der beiden Optionen denken könnten.

Leider ist die Konstellation, in der die Oppositionsparteien an die Urnen gehen werden, nicht das einzige oder gar größte Problem der Demokraten. Das größte Problem ist der Verlust von Wählern, auf den viele Umfragen in den letzten Wochen hingewiesen haben. Wenn diese Dynamik bis zur Wahl anhält, wird die Opposition in sechs Monaten bei keiner Option eine Mehrheit im nächsten Parlament haben. Das ist jetzt unser größtes Problem. Darauf müssen wir uns in den kommenden Monaten konzentrieren und nicht auf das Gezänk und die zunehmend spaltenden Anschuldigungen unter den Demokraten darüber, wer warum

eine Konstellation wählt, die die Chancen auf den Sturz der PiS und die Wiederherstellung der Demokratie in Polen verringert.

Ich weiß, dass dies für viele von Ihnen kontraintuitiv erscheinen mag, aber meiner Meinung nach ist die wichtigste Schlussfolgerung aus der Bürgerbefragung (insbesondere nach Berücksichtigung der Umfrage für *Wirtualna Polska*), dass das demokratische Lager Wähler verliert, da die Identitätsunterschiede zwischen den demokratischen Parteien verschwimmen.

Es überrascht mich überhaupt nicht, dass die Opposition die wenigsten (7,6 Millionen) und die PiS zusammen mit der *Konfederacja* die meisten Stimmen (8,96 Millionen) erhält, wenn die KO eine gemeinsame Liste mit der Linken bildet und die PSL mit PL2050 antritt. Die Liste KO+Linke erhält dann 5,42 Millionen Stimmen, während die getrennten Listen dieser Parteien mit 6,59 Millionen Stimmen rechnen können. Der Verlust beträgt (Achtung!): 1,2 Millionen Stimmen. Verschärft wird die Situation bei dieser Konstellation dadurch, dass sie die rechten Wähler am stärksten mobilisiert. Die PiS erhält dort 1,1 Millionen Stimmen mehr als bei der Konkurrenz mit einer einzigen Oppositionsliste.

Dies entkräftet nicht die Bedeutung der Wahlkonstellation oder die von D'Hondt erzwungene Notwendigkeit der Integration, aber es deutet darauf hin, wo die Opposition das größte Problem hat, das sie zu Wählerverlusten führt. Im Klartext: Die Annäherung der konservativen KO an die progressive Linke macht sie für die Wähler der Linken zu wenig sozial und progressiv und für die Wähler der KO zu wenig marktwirtschaftlich und konservativ. Bei einer Liste ist der Verlust etwas geringer, da die Annäherung weniger ausgeprägt ist, aber dennoch verliert die Opposition mit einer Liste 800.000 Stimmen im Vergleich zu vier Listen.

Das Problem Nr. 1 des demokratischen Lagers besteht also darin, die Differenzen zu verwischen, die die Demokraten spalten, wenn sie mit einer Krise konfrontiert werden (z.B. in Bezug auf JP11), die Unterschiede zwischen den Wählern der demokratischen Parteien schärfer werden und die Politiker versuchen, sie zu mildern, um ihren Platz in der politischen Mitte nicht zu verlieren und die Bildung einer Wahlkoalition zu erschweren.

Die Schlussfolgerung scheint einfach: Die Wahlintegration wird letztlich nur in dem Maße zu einem Machtwechsel beitragen, in dem die demokratischen Führer zusammenarbeiten können, indem sie die grundlegenden Identitätsunterschiede, die die demokratischen Wählerschaften trennen, nachdrücklich artikulieren, nicht indem sie diese Unterschiede verwischen. Es hat sich gelohnt, solche Umfragen durchzuführen, um dies schwarz auf weiß zu haben!

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,29588395,tozsamosc-jest-najwazniejsza-czyli-co-pokazal-sondaz-obywatelski.html>

Anne Applebaum: Vor ein paar Tagen haben wir im Präsidentenpalast mit Zelenski gesprochen. Der Chefredakteur von *The Atlantic* stellte eine wichtige Frage



Quelle: wyborcza.pl

Wenn Russland die Ukraine mithilfe iranischer Drohnen unterwirft, wie lange wird es dann dauern, bis diese gegen Israel eingesetzt werden?

Stellen Sie sich vor, jemand – sagen wir, ein Einwohner Floridas, vielleicht sogar der Gouverneur von Florida – kritisiert die Unterstützung der USA für die Ukraine. Stellen wir uns vor, dass diese Person den Krieg Russlands gegen die Ukraine für eine rein lokale Angelegenheit hält, die für den Rest der Welt irrelevant ist. Stellen Sie sich vor, diese Person würde einem ultrarechten TV-Star sagen, dass „die Vereinigten Staaten zwar viele wichtige nationale Interessen haben, die fortgesetzte Verwicklung in den Territorialstreit zwischen der Ukraine und Russland aber nicht dazu gehört“. Wie würde ein Ukrainer darauf reagieren? Und der Präsident der Ukraine?

Zufälligerweise ergab sich kürzlich eine Gelegenheit, diese hypothetische Frage zu stellen. Die Chefin des Magazins *The Atlantic*, Laurene Powell Jobs, dessen Chefredakteur Jeffrey Goldberg und ich sprachen vor einigen Tagen mit Wolodymyr Selenskyj im Präsidentenpalast in Kiew. Goldberg fragte Selenskyj, was Selenskyj jemandem – vielleicht dem Gouverneur von Florida – sagen würde, der Zweifel daran hat, warum die Amerikaner der Ukraine helfen sollten.

Selenskyj antwortete auf Englisch, dass er pragmatisch antworten würde. Mit anderen Worten, er wolle nicht an das Herz der Amerikaner appellieren, sondern an ihren Verstand. Denn wenn die USA der Ukraine

den Zugang zu Munition und Waffen verwehren würden, hätte dies reale und schwerwiegende Folgen, zunächst für die Nachbarn der Ukraine, dann aber auch für andere Länder:

„Wenn wir nicht genug Waffen haben, werden wir schwach sein. Wenn wir schwach sind, wird Russland uns okkupieren und besetzen. Wenn Russland uns besetzt, wird es bereits an den Grenzen der Republik Moldau sein, also werden sie auch die Republik Moldau besetzen. Wenn sie Moldawien besetzen, werden sie durch Weißrussland gehen und Lettland, Litauen und Estland besetzen – die drei baltischen Länder, die NATO-Mitglieder sind. Sie werden sie besetzen. Natürlich sind die Balten tapfere Menschen, und sie werden kämpfen. Aber sie sind kleine Länder. Und sie haben keine Atomwaffen. Sie werden also von den Russen angegriffen werden, denn das ist die Politik Russlands: alle Länder, die früher zur Sowjetunion gehörten, wieder zu unterjochen.“

Und was wird später passieren, wenn die NATO weiterhin nicht reagiert? Dann, erklärt Zelenski, wird der Kampf weitergehen.

„Wenn Russland die NATO-Länder besetzt und an den Grenzen Polens steht und vielleicht auch gegen Polen kämpfen wird, stellt sich die Frage: Werden Sie alle Ihre Soldaten, alle Ihre Piloten, alle Ihre Schiffe schicken? Werdet Ihr Eure Panzer und gepanzerten Fahrzeuge mit Euren jungen Männern schicken? Werden Sie das tun? Denn wenn Sie das nicht tun, werden Sie keine NATO haben.“

Dann stünden die Amerikaner vor einer anderen Entscheidung: Nicht mehr die Politiker würden darüber entscheiden, ob sie den Ukrainern Waffen liefern, sondern Väter und Mütter, die ihre Kinder in den Kampf schicken, um einen großen Teil des Planeten, in dem Amerikas Verbündete und wichtigste Handelspartner leben, vor der russischen Besatzung zu retten.

Dieses Szenario erschöpft nicht alle Folgen der heutigen Passivität. Eine der furchterregendsten Waffen, die Russland gegen die Ukraine einsetzt, ist die aus dem Iran stammende Shahed-Drohne, deren einziger Zweck es ist, Zivilisten zu töten. Wenn Russland die Ukraine erst einmal mit ihrer Hilfe unterworfen hat, fragte Selenskyj, wie lange wird es dann noch dauern, bis sie gegen Israel eingesetzt werden? Wenn Russland einen kleineren Nachbarn ungestraft angreifen kann, könnten sich Regime wie das iranische ein Beispiel daran nehmen. Die Frage lautet also wieder: „Wenn sie versuchen, Israel zu besetzen, werden die USA Israel helfen? Das ist die Frage. Eine sehr pragmatische Frage.“

Schließlich stellte Selenskyj noch eine dritte Frage. In diesem Jahr sei die Ukraine mit Raketen, Marschflugkörpern und ballistischen Raketen angegriffen worden - nicht zu hunderten, sondern zu tausenden:

„Was werden Sie tun, wenn Russland Raketen einsetzt, um Ihre Verbündeten anzugreifen, um Zivilisten zu töten? Was werden Sie tun, wenn Russland - nachdem es keine Reaktion von großen Ländern wie den Vereinigten Staaten gesehen hat - Raketen auf Ihrem Territorium einsetzt?“

Hier ist seine Antwort: „Helfen Sie uns, sie hier in der Ukraine zu bekämpfen, helfen Sie uns, sie hier zu besiegen, und Sie werden sie nirgendwo anders bekämpfen müssen. Helfen Sie uns, eine offene, normale Gesellschaft zu erhalten, indem Sie unsere Soldaten dafür einsetzen, nicht Ihre. Das wird auch Ihnen helfen, eine offene, normale Gesellschaft zu erhalten, ebenso wie anderen Ländern. Helfen Sie der Ukraine, jetzt gegen Russland zu kämpfen, damit später niemand mehr gegen Russland kämpfen muss und damit wir in Zukunft nicht noch schwierigere und schmerzhaftere Entscheidungen treffen müssen.“

„Es geht um die Natur. Es geht um das Leben“, sagte er. „Und das ist alles.“

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,29582708,anne-applebaum-kilka-dni-temu-rozmawialismy-w-palacu-prezydenckim.html>

Polen und Esten sind die stärksten Befürworter in der EU für den Kampf der Ukraine bis zum Ende, d. h. bis zur Rückeroberung aller von Russland eroberten Gebiete



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Polen ist eines von zehn Ländern (Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Polen, Portugal, Rumänien und Spanien), deren Bürgerinnen und Bürger an einer großen europäischen Umfrage teilgenommen haben über das Ausmaß der Unterstützung für die Ukraine im Zusammenhang mit der russischen Aggression, eine Bewertung der Maßnahmen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten in dieser Frage und darüber, was die Unterstützung der Europäer für Kiew schwächen könnte.

Die Autoren des Berichts, der vom European Council on Foreign Relations veröffentlicht wurde, sind zwei Außenpolitikexperten: Ivan Krastev und Mark Leonard.

Die Forscher gruppierten die einzelnen Länder nach dem Ausmaß ihrer Beteiligung an der Hilfe für die Ukraine. Polen wurde zusammen mit Estland, Dänemark und dem Vereinigten Königreich als der „kriegerische Norden und Osten“ eingestuft. Frankreich, Deutschland, Spanien und Portugal sind dem Bericht zufolge der „zwiespältige Westen“, wo die Meinungen stark geteilt sind. Italien und Rumänien, die ein schnelles Ende des Konflikts wünschen, selbst wenn die Ukraine dafür Territorium abtreten muss, wurden als „schwache Elemente des Südens“ bezeichnet.

Polen: Ukraine, kämpf, solange es nötig ist

Aus den Antworten auf die einzelnen Fragen geht hervor, dass Polen zusammen mit Estland am stärksten für das Recht der Ukraine eintritt, ihre Territorien zu verteidigen, unabhängig davon, wie lange dies dauern

würde. Nur 18 Prozent der Polen sind der Meinung, dass der ukrainisch-russische Krieg so schnell wie möglich beendet werden sollte, selbst um den Preis des Verlusts einiger Gebiete an Russland. Im Vergleich dazu sind beispielsweise 39 Prozent der Befragten in Deutschland, 41 Prozent in Italien und 31 Prozent in Frankreich dieser Meinung.

Die Polen und Esten sind auch die stärksten Befürworter in der EU für den Kampf der Ukraine bis zum Ende, d. h. die Rückeroberung aller von Russland eroberten Gebiete. Auch um den Preis einer Verlängerung des Krieges und weiterer Opfer. Dies ist die Position von 52 Prozent der Polen, 66 Prozent der Esten und 44 Prozent der Briten. In den anderen befragten Ländern liegt die Unterstützung für weitere Kämpfe bei etwa 30 Prozent.

Die Autoren des Berichts befragten auch die Wähler der einzelnen Parteien in jedem Land, wie sie Russland in Bezug auf ihr Heimatland wahrnehmen. Krastev und Leonard stellen fest, dass viele politische Parteien, sowohl linke als auch rechte, sich in ihrer Unterstützung für Kiew und den Kampf der ukrainischen Armee um die Rückgewinnung verlorener Gebiete einig zu sein scheinen. Im Falle Polens sind die Antworten der Wähler von PiS, KO, Polska 2050 und der Linken sehr ähnlich: Etwa 85 Prozent der Wähler sehen Russland als einen politischen Rivalen oder Gegner, mit dem wir im Konflikt stehen. Bei den Befürwortern der *Konfederacja* teilen 68 Prozent der Wähler diese Ansicht, 2 Prozent sehen Russland als Verbündeten mit ähnlichen Werten und 10 Prozent als Verbündeten, mit dem eine Zusammenarbeit notwendig ist.

Die gleichen Unterschiede zeigen sich auch bei der Antwort auf die Frage, ob die Ukrainer so lange wie nötig kämpfen sollten, um ihr gesamtes Territorium zurückzuerobern. Oder sollen sie den Krieg so schnell wie möglich beenden, auf Kosten der von den Russen besetzten Gebiete? (Dies ist die Meinung von fast jedem dritten Wähler der *Konfederacja*). Vierzig Prozent der Wählerschaft der Partei sind dafür, so lange zu kämpfen, bis die Ukraine ihre Gebiete zurückerhält. Bei den anderen Gruppierungen - sowohl der PiS als auch der Parteien der demokratischen Opposition - befürworten mehr als 60 Prozent der Befragten einen Kampf bis zum gewünschten Ergebnis.

Die meisten Polen (61 Prozent) glauben auch, dass Russland heute schwächer ist als noch vor einem Jahr. Und diese Einschätzung herrscht auch unter den Europäern vor. Krastev und Leonard zufolge sind die Fundamente, die einen Großteil Europas zusammenhalten, jedoch brüchig und könnten durch die Inflation und die Sorge um den Lebensstandard sowie das Wiederaufflammen politischer Streitigkeiten zwischen rechten und linken Parteien über Migranten zerbröckeln. Die Besorgnis der Forscher hat mit der wachsenden Sorge der Bürger in ganz Europa über die steigenden Lebenshaltungskosten zu tun. Wie man über die Runden kommt, ist eine Sorge für 34 Prozent der Italiener, 31 Prozent der Franzosen, 29 Prozent der Portugiesen und 22 Prozent der Polen. „Entgegen den Erwartungen des Kremls hat Europa im vergangenen Jahr an Einigkeit gewonnen. Es ist jedoch unklar, wie lange dies andauern wird. Die europäischen Staats- und Regierungschefs sollten diese Zeit nutzen, um die Widerstandsfähigkeit des Kontinents angesichts von Krisen, einschließlich der steigenden Lebenshaltungskosten, zu stärken und die Ukraine darauf vorzubereiten, eine friedliche Lösung zu finden und den Krieg unter den bestmöglichen Bedingungen zu gewinnen, sowohl für die eigenen Bürger als auch für die europäische Öffentlichkeit“, meint Ivan Krastev.

Die Wähler fragen nach der Ukraine

Die wachsende Abneigung gegenüber ukrainischen Flüchtlingen, die gerade von finanziellen Erwägungen, der Angst um Arbeitsplätze und dem Zugang zu Sozialleistungen diktiert wird, wurde bereits im Herbst von den Soziologen Przemysław Sadura und Slawomir Sierakowski in einer Studie mit dem bezeichnenden Titel „Polen für die Ukraine, aber gegen Ukrainer“ aufgezeigt.

Diese Ressentiments werden, wie sie sagen, vorerst versteckt und gelangen, wie sie sagen, „nicht an die Öffentlichkeit“. „Hier stehen die Flüchtlinge noch unter Schutz. Politiker und Medien sprechen entweder gut über sie oder gar nicht. Und im privaten Bereich ist es genau umgekehrt: Man redet schlecht und ständig über sie“, sagte Sierakowski Ende Oktober in einem Interview mit Agnieszka Kublik in der *Wyborcza*. „Es ist notwendig, darüber zu sprechen. Im Internet kursieren immer wieder Gerüchte, wie in der Vergangenheit, dass Ukrainer beim Arzt, im Kindergarten oder in der Krippe Vorrang haben, dass sie alles

umsonst haben wollen, für nichts bezahlen wollen und unbegrenzte Hilfe vom Staat bekommen. Dahinter steht natürlich ein mangelndes Vertrauen in den Staat, die Angst vor dem Versagen des öffentlichen Dienstleistungssystems. Dennoch wachsen die Ressentiments gegenüber den Ukrainern. Es ist uns aufgefallen, dass die Menschen in allen Fokusgruppen darauf anspielten. Die großstädtische Mittelschicht ebenso gern wie die Landbevölkerung aus kleineren Zentren“, fügte Sadura hinzu.

In dem Bericht führen die Forscher aus: „Die Polen sind gegen die Aufnahme von Ukrainern in das elektronische Bevölkerungsregistrierungssystem PESEL, das 500+ Kindergeld-Programm und andere Programme“. Es besteht der Glaube, dass die so „großzügig“ unterstützten Flüchtlinge nicht in ihr Land zurückkehren wollen, die ohnehin schon ineffizienten öffentlichen Dienstleistungssysteme überlasten und Arbeitsplätze wegnehmen werden (tatsächlich gibt es bereits heute mehr als 400.000 im Jahr 2022 angekommene Menschen, die arbeiten, und Experten zufolge würde der Markt mindestens zweimal so viele aufnehmen können). Was diese Geschichten gemeinsam haben, ist, dass sie meist aus zweiter Hand stammen. Kurz gesagt, jetzt ist „Flüchtlingssaison“, in der man jemanden finden muss, dem man die Schuld an seiner eigenen Misere geben kann.

Solche Äußerungen sind in letzter Zeit häufig bei Treffen zwischen Politikern und Wählern verschiedener Parteien zu hören. Premierminister Mateusz Morawiecki wurde kürzlich in Jasło unter anderem gefragt, was er zu tun gedenke, um zu verhindern, dass ukrainisches Getreide mit polnischem konkurriert, und wann die Exhumierung der Opfer des Wolhynien-Massakers stattfinden soll. Während eines Treffens zwischen Donald Tusk und den Einwohnern von Bytom begann eine der Teilnehmerinnen zu schreien: „Im Laufe der Jahre hat jeder das Polen in den Krieg hineingezogen. Unsere Kinder werden nicht als Kanonenfutter herhalten müssen, ich bin eine Mutter und ich werde das nicht zulassen! Dies ist kein Krieg in unserem Interesse, dies ist nicht unser Krieg.“

Morawiecki wie auch Tusk haben die Emotionen heruntergeschraubt und erklärt, dass die Ukraine in diesem Krieg unterstützt werden muss. „Das ist so unmoralisch, was Sie da sagen. Es ist unser Krieg, in dem ukrainische Kinder und ukrainische Soldaten sterben. Jede Mutter in Polen sollte sagen: Danke an die Ukraine, dass unsere Kinder nicht für unsere Freiheit und unsere Sicherheit sterben müssen“, erklärte Donald Tusk auf die Worte der Teilnehmerin des Treffens in Schlesien.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7.75398.29586396.o-wojnie-w-ukrainie-inaczej-mysla-tylko-wyborcy-konfederacji.html>

Polnischer Botschafter im Krieg mit Russland



Jan Emeryk Rościszewski

Quelle: wyborcza.pl

Von **Paweł Wroński**

Polen will in den Krieg in der Ukraine eintreten? Ein Zuschauer des französischen Senders LCI, der dem polnischen Botschafter in Frankreich zuhörte, hörte genau das.

Botschafter Jan Emeryk Rościszewski ist einer der jüngsten diplomatischen Anwerbungen der PiS. Der studierte Historiker war Versicherungsmakler, ist Mitglied des *Malteserordens* und *Ritter des Großkreuzes der Ehre und Ergebnisse*. Den Posten des Botschafters erhielt er als Trostpflaster, nachdem er von der PiS kurzerhand von seinem Posten als Geschäftsführer der *PKO Bank Polski* enthoben worden war.

Rościszewski kommentierte die Nachricht, dass vier polnische MiG-29-Flugzeuge an die Ukraine übergeben wurden, im französischen Fernsehen mit den Worten: „Entweder verteidigt die Ukraine heute ihre Unabhängigkeit, oder wir werden gezwungen sein, uns in diesen Konflikt einzumischen“.

Diese Aussage ist, unabhängig von ihrem Kontext, aus mehreren Gründen fatal.

Sie hält im Westen das Bild von Polen als Kriegstreiber aufrecht, der die westeuropäischen Länder in den Krieg in der Ukraine verwickeln will - eine These, die von der Moskauer Propaganda gefördert wird.

Sie schürt in der polnischen Gesellschaft die Befürchtung, dass die polnische Regierung tatsächlich in den Krieg verwickelt wird und polnische Soldaten in den Osten schickt - etwas, wovon verschiedene „Friedensbefürworter“ unter dem Banner von „Russischen Fußlappen“ oder der [rechtsextremen] *Konfederacja* die Polen seit Langem zu überzeugen versuchen.

Das kommt der russischen Propaganda zugute, die ihr Volk davon überzeugt, dass sie nicht wirklich einen verbrecherischen Krieg gegen das ukrainische Volk führt, sondern gegen die ukrainischen Faschisten, den kollektiven Westen und das aggressive imperialistische Polen, dass sein Reich wieder aufbauen will, um das „ruthenische Volk“ erneut zu unterdrücken.

Die Erklärung wurde übrigens bereits in den russischen Medien weit verbreitet, was die PiS, die sich so besorgt über die Ausnutzung der Erklärung des Europaabgeordneten Radosław Sikorski durch die russische Propaganda äußerte, überhaupt nicht stört. Wie hat die polnische Diplomatie auf die Erklärung des Botschafters reagiert? Anstatt ein einfaches Dementi abzugeben, beschloss die Botschaft, den Vorfall wegzuerklären, und schrieb ausführlich über „Zusammenhänge“. Zu allem Überfluss mischte sich auch noch der stellvertretende Minister Paweł Jablonski, ein politischer Beamter des Außenministeriums, in die Diskussion ein. Und er erinnerte an die Vision von Präsident Lech Kaczyński, der in Tiflis vor der aggressiven Politik Russlands gewarnt hatte. Was nun - hatte der Botschafter Recht?

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass irgendjemand im Außenministerium in der Lage ist, diesen Wahnsinn zu unterbrechen. Uns bleibt also nur zu fragen: Wenn die PiS beschlossen hat, dass wir beim nächsten Mal in der Geschichte gegen Moskau vorgehen sollen, dann sollten wir das nicht von Paris aus tun. Unsere jüngste Eroberung der russischen Hauptstadt an der Seite Napoleons kann kaum als Erfolg gewertet werden.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,29577823,polski-ambasador-na-wojnie-z-rosja.html>

Das Recht, löchrig wie ein Schweizer Käse, schützt die Flüsse nicht. 98,9 Prozent der Flüsse sind in schlechtem Zustand



Quelle: [oko.press](https://www.oko.press)

Unbegrenzt in die Flüsse eingeleitetes Grubenwasser, mangelnde Kontrolle, Hilflosigkeit der Behörden, Regulierung der Flüsse unter dem Motto des Schutzes vor Dürre und Überschwemmungen. Polen hilft den Flüssen nicht, sich vor Katastrophen wie der an der Oder zu schützen. Es wurde ein „Weißbuch der polnischen Flüsse“ erstellt.

„Die Grundsünde des polnischen Flussschutzsystems und die Ursache der Oder-Katastrophe ist der Umgang unseres Staates mit dem unschätzbaren Naturerben der Flüsse“, sagt Jacek Engel, Präsident der Greenmind Stiftung. „Sie werden als Auffangbecken für Abwässer, als potenzielle Transportwege und als Wasserquelle für Industrie und Energie behandelt. Dabei sollten Flüsse in erster Linie als Trinkwasserquelle und als einzigartige, empfindliche Ökosysteme betrachtet werden, von deren gutem Zustand das Leben und die Gesundheit von Millionen von Menschen abhängen“, fügt er hinzu.

Umwelt- und Rechtsorganisationen haben ein „Weißbuch der polnischen Flüsse“ erstellt. Sie veröffentlichten es am Vorabend des Weltwassertags, der am 22. März 2023 begangen wurde. In dem Bericht weisen sie darauf hin: „Am Beispiel der Oder-Katastrophe zeigen wir ein breiteres Problem auf: was im System der Flussbewirtschaftung und -überwachung in Polen nicht funktioniert und was geändert werden muss - sowohl rechtlich als auch praktisch.“ Sie schlagen ebenso eine Reihe von Lösungen vor, die polnische Flüsse vor weiteren Katastrophen schützen könnten.

Die erste Sünde: Das Abwälzen von Verantwortung

„Die derzeitige Ansiedlung der Verwaltungsabteilung ‚Wasserwirtschaft‘ im Ministerium für Infrastruktur und die Unterordnung der für das Wasser zuständigen Stelle - der Staatlichen Wasserwirtschaftsgesellschaft *Wody Polskie* - unter den Minister für Infrastruktur ist die Ursache für viele Probleme. In erster Linie führt dies dazu, dass Flüsse als Abwassersammler, Transportwege, Wasserquellen für Kohle- und Gaskraftwerke und Wasserkraftwerke behandelt werden und nicht als wertvolle und gleichzeitig sensible Ökosysteme, die geschützt und besonders behandelt werden müssen“, schreiben die Autoren des Berichts. Wie sie erklären, gehörte die Wasserwirtschaft jahrelang zu den Zuständigkeiten des Umweltministeriums. Das änderte sich 2018, als die Gewässer an das Ministerium für Infrastruktur übergeben wurden, das große Pläne für die polnischen Flüsse hat. Es möchte, dass die Oder und die Weichsel in erster Linie die Rolle von Wasserautobahnen übernehmen, auf denen Lastkähne fahren sollen. Die Autoren des Berichts weisen darauf hin, dass die Interessen der Binnenschifffahrt eindeutig an erster Stelle stehen - vor dem Schutz der Wasserressourcen oder den Bedürfnissen der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion. Die 2018 gegründete die Behörde *Wody Polskie*, die dem Ministerium für Infrastruktur unterstellt ist, sollte Ordnung in die Wasserwirtschaft bringen. Den Verfassern des Berichts zufolge hat dies zu noch mehr Chaos geführt. „Die *Wody Polskie* erfüllen gleichzeitig zwei widersprüchliche Funktionen. Einerseits planen und verwalten sie die Wasserwirtschaft und den Gewässerschutz, andererseits führen sie in Ausübung ihrer Eigentümerfunktion Infrastrukturinvestitionen und Instandhaltungsarbeiten durch. In der Praxis bedeutet dies, dass die *Wody Polskie* oft Richter in eigener Sache sind und widersprüchliche Interessen verfolgen, was oft zulasten der Wasserqualität geht“, wie Justyna Choroś von der Polnischen Gesellschaft für Vogelschutz erklärt. Auch die Streuung der Verantwortung für die Flussqualität ist ein Problem. Denn die Überwachung und Bewirtschaftung wird auch von der Umweltschutzinspektion, den Umweltschutzdirektionen, den Direktoren der Nationalparks, den Seebehörden und den Binnenschifffahrtsbehörden wahrgenommen.

„Der Fall der Oder hat das Problem des Fehlens einer wirksamen Flussüberwachung und die Schwierigkeit der Koordinierung von Maßnahmen im Falle einer Katastrophe, die über die Grenzen einer einzelnen Woiwodschaft hinausgeht, deutlich gemacht“, heißt es in dem Bericht. „Der Versuch, die Verantwortlichen für die Katastrophe zur Rechenschaft zu ziehen, stößt auf eine Reihe praktischer Hindernisse, wie z. B. eine diffuse Haftung, Schwierigkeiten bei der Feststellung des Schadenseintritts oder die Dauer des Verfahrens.“

Diese Streuung der Verantwortlichkeiten führt auch zu einer schlechten Überwachung der Wasserqualität. Es gibt keine einzige, landesweite und öffentlich zugängliche Datenbank, in der alle von verschiedenen Institutionen durchgeführten Messungen gesammelt werden.

Die zweite Sünde: Abwassereinleitung

„Die Wassergenehmigungen sollten eine echte Kontrolle darüber ermöglichen, was, wann und in welcher Menge in die Flüsse gelangt. Die Behörden analysieren jedoch nicht, wie sich die verschiedenen Genehmigungen auf den Zustand des Flusses auswirken“, so Agata Szafraniuk von der Stiftung ClientEarth - Juristen für die Erde.

In der wasserrechtlichen Genehmigung werden unter anderem die Abwassermenge, die zulässigen Konzentrationswerte von Schadstoffen, die Häufigkeit der Kontrollen und die Verpflichtungen gegenüber Dritten festgelegt, die der Inhaber der wasserrechtlichen Genehmigung einhalten muss. Theoretisch ist dies das wichtigste Dokument, das zum Schutz der Flüsse beitragen kann.

Das polnische Recht macht es uns jedoch nicht leicht.

„Die Abwassermenge, die in den Fluss eingeleitet werden darf, ist nicht an den aktuellen Zustand angepasst. Außerdem kontrolliert niemand effektiv, ob ein Unternehmen die Bedingungen der ihm erteilten wasserrechtlichen Genehmigung tatsächlich einhält“, zählt Szafraniuk auf. Außerdem ist in den Verordnungen nicht festgelegt, wie die Auswirkungen der Wassernutzung auf die Oberflächengewässer zu bestimmen sind. Einfach ausgedrückt: Es gibt keine einheitliche Formel, um zu beschreiben, wie sich die Tätigkeit eines Unternehmens/Bergbaus auf einen Fluss auswirkt. Es kann auf eine vage Beschreibung hinauslaufen.

Die Verordnungen berücksichtigen nicht die Tatsache, dass Abwässer aus verschiedenen Quellen gleichzeitig in den Fluss fließen und ihre negativen Auswirkungen kumulativ sind. Sie legen auch nicht fest, wie die Bewertung der menschlichen Belastung der Gewässer erfolgen soll. Eine solche Bewertung muss von Polen alle sechs Jahre durchgeführt werden, wozu es durch die Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet ist. Der letzte von *Wody Polskie* erstellte Bericht stammt aus dem Jahr 2020. Die darin enthaltenen Daten stammen jedoch aus den Vorjahren, sind veraltet, verfälscht und decken nicht alle Bedrohungen ab.

Letztendlich: Die Institutionen kontrollieren nicht, ob die Unternehmen die Bestimmungen der Genehmigung einhalten. Die Betriebe führen eine „Selbstkontrolle“ durch. Im „Weißbuch der polnischen Flüsse“ ist zu lesen: „Es ist leicht vorstellbar, dass eine Anlage, die Abwasser mit einer Zusammensetzung einleitet, die die Auflagen der Genehmigung um beispielsweise 200 Prozent überschreitet, auf zuverlässige Messungen verzichtet oder diese Ergebnisse den zuständigen Behörden gar nicht erst vorlegt, um eine höhere Sanktion zu vermeiden.“

Die dritte Sünde: Wasser aus den Bergwerken wird nachsichtig behandelt

„Tragische Folgen für die Oder hat die Konzessionierung von Salzwasser aus dem Bergbau durch das polnische Recht. Nur ein Teil davon ist Abwasser im Sinne des Wassergesetzes, so dass nicht alle Einleitungen gebührenpflichtig sind“, warnt Maria Włoskowitz, Juristin bei der Frank Bold Stiftung.

Der Bericht stellt klar, dass Wasser aus der Entwässerung einer Bergbaustätte grundsätzlich als Abwasser zu betrachten ist. Es gibt jedoch zwei Ausnahmen:

Abwasser, die in die Gesteinsmasse injiziert werden, sind kein Abwasser, wenn sie die gleichen Arten und Mengen von Stoffen enthalten wie das gefördert Wasser.

Ebenso wenig wie „nicht kontaminiertes“ Wasser aus der Entwässerung von Bergbauanlagen. Dies ist eine Ausnahme, die 2017 eingeführt wurde. Das Problem besteht darin, dass nicht definiert ist, was nicht verunreinigtes Wasser ist, was einen großen Spielraum für Missbrauch bietet.

Das ist aber noch nicht alles. „Die Bergwerke haben auch ein höheres - in der Praxis fast unbegrenztes - Limit für die Einleitung von Chloriden und Sulfaten in die Flüsse, und die extrem niedrigen Gebühren motivieren nicht zur Behandlung von Salzwasser vor der Einleitung. Wenn sich in dieser Angelegenheit nichts ändert, erwarten uns weitere Katastrophen, auch an anderen Flüssen“, fügt Maria Włoskowitz hinzu.

Die vierte Sünde: Fehlende Umweltdemokratie

„Die Aarhus-Konvention - der Polen beigetreten ist, die aber auch Teil des EU-Rechts ist - räumt Umweltorganisationen eine besondere Rolle ein und garantiert ihnen (wie auch der betroffenen Öffentlichkeit) die Beteiligung an Entscheidungen über Angelegenheiten, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können“, heißt es in dem Bericht.

In Polen können Organisationen Entscheidungen anfechten und sich an Verfahren beteiligen. Dieses Recht gilt jedoch nicht für die Erteilung von wasserrechtlichen Genehmigungen. Außerdem haben Umweltorganisationen nicht die Möglichkeit, eine fehlende Umweltverträglichkeitsprüfung anzufechten.

Die fünfte Sünde: Wasserprojekte, die den Gewässern nicht helfen

Die Experten nennen eine Reihe von Projekten, die uns noch weiter von einer Verbesserung der Wasserqualität entfernen. Das erste sind die „Annahmen zu den Plänen für die Entwicklung der Binnenwasserstraßen in Polen“. „Die Umsetzung dieser Pläne wird die Zerstörung von etwa 2.000 km² frei fließender Flüsse mit variabler Strömung, unterschiedlicher Breite, Tiefe, Rinnenstruktur, Uferlinie, mit Mäandern (obere Oder, Bug), dynamischer Anordnung von Inseln in der Strömung (Weichsel, Bug) und Verbindung der Rinne mit angrenzenden Überschwemmungsgebieten zur Folge haben“, lesen wir. (...)

Das zweite Projekt ist der Plan zur Bekämpfung der Auswirkungen der Dürre (PPSS). „Von den 78 Investitionen zur Unterstützung der Dürrebekämpfung bezieht sich nur eine auf Wiederherstellungsmaßnahmen“, heißt es in dem Bericht. Insgesamt beziehen sich von den 600 Aufgaben, die in diesem Projekt enthalten sind, nur drei auf die Renaturierung. Das PPSS umfasst den Bau von Wasserstufen oder die Regulierung von Flüssen. Die „Bekämpfung“ der Trockenheit soll durch

Wasserstufen in Ścinawa und Lubiąż erreicht werden, die nach Ansicht von Experten das Risiko einer Goldalgenblüte in der Oder erhöhen.

„Hochwasserrisikomanagementpläne“ ist ein weiteres Projekt, das auf das Bauen und Betonieren ausgerichtet ist. Von den 31 Maßnahmen beziehen sich nur drei auf die Sanierung.

Empfehlungen

Experten von ClientEarth, Frank Bold, Greenmind, Ogólnopolskie Towarzystwo Ochrony Ptaków (Vogelschutzgesellschaft) und WWF Polen haben außerdem eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet, die die Gesetzeslücken schließen sollen.

Darunter:

Rückführung der Flüsse in die Verwaltung des Ministeriums für Klima und Umwelt;

Überarbeitung von Planungsdokumenten. „Maßnahmen, die die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels erhöhen, sollten gefördert werden, und Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung des Gewässerzustands und zur Nichterfüllung der Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie führen, sollten aufgegeben werden.“

Abgaben auf alle Bergbaugewässer und Erhöhung der Gebühren für die Einleitung von Salzwasser;

Verbesserung des Systems für die Zuteilung von Wasserbewilligungen. „Die Ableitung von Abwasser sollte vom Zustand des Flusses abhängig gemacht werden. Auch Grubenwasser und andere salzhaltige Gewässer sollten den rechtlichen Status von Abwasser erhalten. Das Wassergenehmigungssystem sollte reformiert werden, um eine soziale Kontrolle und einen echten Schutz der Flüsse zu gewährleisten.“

Bessere Überwachung der Flüsse und Entwicklung von Notfallmaßnahmen im Falle von Katastrophen. „Um die Wasserverschmutzung und ihre Quellen wirksam und schnell zu ermitteln und das Risiko von Umweltkatastrophen an mehr Flüssen zu minimieren, sollte ein integriertes Wasserüberwachungssystem eingeführt werden, das von einer einzigen Stelle überwacht wird. Dies bedeutet, dass die Befugnisse der Provinzgouverneure über das WIOŚ (Woiwodschaftsumweltaufsichtsbehörde) abgeschafft und sie dem GIOŚ (Hauptumweltaufsichtsbehörde) unterstellt werden. Diese Lösung wird die Koordinierung von Maßnahmen im Falle von Katastrophen, die über eine einzelne Woiwodschaft hinausgehen, erleichtern.“

Zsfg.: AV

<https://oko.press/prawo-dziurawe-doprowadzilo-do-katastrofy-kiedy-kolejne-rzeki>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [handelsblatt.de](https://www.handelsblatt.de)

„Indem er Johannes Paul II. in die PiS aufnimmt, tut Kaczyński dasselbe, was er getan hat, als er seinen Bruder auf dem Wawel-Hügel begrub. Er eignet sich Symbole an, zerstört die Gemeinschaft und spaltet die polnische Ethnie in zwei Nationen. Nur damit er eine von ihnen emotional manipulieren, Hass säen und seine Macht erhalten kann.“

Radosław Sikorski - ehemaliger polnischer Verteidigungsminister und Außenminister

Quelle: <https://twitter.com/sikorskiradek/status/1637360706390487042?t=x1FEly0YYc0AwVyDQHuuOA&s=19>

juedische-allgemeine.de

Polen - Promoviert mit 70 Jahren

<https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/promoviert-mit-70-jahren/>

t-online.de

So bereiten sich Russlands Nachbarn auf den Ernstfall vor

https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/krisen/id_100140614/russlands-krieg-gegen-die-ukraine-polen-ruestet-sich-zur-militaermacht-auf.html

tagesspiegel.de

Polens Premier Morawiecki hält Europarede in Heidelberg: Kampfansage an Macron und Scholz

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/polens-premier-morawiecki-halt-europarede-in-heidelberg-kampfansage-an-macron-und-scholz-9532088.html>

tagesschau.de

Mehr Verteidigungsausgaben: Polens Militär wirbt um Nachwuchs

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1170641.html>

herzinger.org

Polen, Finnien, Balten oder: Europas neuer Motor

<https://herzinger.org/polen-finnen-balten-oder-europas-neuer-motor>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik